

**Gemeinsame Erklärung  
des Politbüros des ZK der SED  
und des Ministerrates der DDR  
zur Bekräftigung der bedeutenden Abrüstungs-  
und Friedensinitiativen**

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR bekräftigen die bedeutenden Abrüstungs- und Friedensinitiativen, die der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, am 6. Oktober während der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR unterbreitet hat. Sie widerspiegeln das beharrliche, unermüdliche Ringen des Sozialismus um die Sicherheit der Völker aller Kontinente und einen dauerhaften Frieden.

In den 70er Jahren wurde Bedeutendes geleistet, um die Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Richtung auf Entspannung und Frieden zu erreichen. Am deutlichsten zeigen sich Wandlungen zum Besseren in Europa, wo gutnachbarliche Beziehungen, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki erstarken. Andererseits müssen jedoch die gefährlichen Pläne der NATO, das in Europa entstandene Kräftegleichgewicht zu zerstören und erneut die militärische Überlegenheit zu erlangen, ernste Besorgnis hervorrufen.

Gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages tritt die DDR für energisches Handeln ein, um die Entspannung zu festigen, die Truppen und Rüstungen zu begrenzen und eine reale Abrüstung zu erwirken. Das Politbüro und der Ministerrat haben deshalb dem konstruktiven Vorschlag der Sowjetunion zugestimmt, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in ihren westlichen Gebieten stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren unter der Bedingung, daß die NATO-Staaten ihre Absicht aufgeben, in Westeuropa neue nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren, die gegen das Territorium der sozialistischen Länder gerichtet werden sollen. Die feierliche sowjetische Bekräftigung, niemals Kernwaffen gegen diejenigen Staaten einzusetzen, die auf Herstellung und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben, sind ein überzeugender Ausdruck des echten Friedenswillens der UdSSR.

Das Politbüro und der Ministerrat sind zugleich der Auffassung, daß der im Einvernehmen mit der DDR und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gefaßte Beschluß der UdSSR, in den nächsten zwölf Monaten die Stärke ihrer Truppen in Mitteleuropa einseitig zu reduzieren, sowie die Vor-